

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Kreistages am 18. Februar 2010

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreistagsmitglieder:

Beckers, Franz Josef, Wassenberg
Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
van den Dolder, Jörg, Waldfeucht
Echterhoff, Peter, Erkelenz
Eßer, Herbert, Heinsberg
Esser, Lothar, Wegberg
Gassen, Guido, Hückelhoven
Görtz, Dieter, Gangelt
Gudat, Helmut, Hückelhoven
Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz
Hasert, Maria, Wassenberg
Holländer, Heinz-Egon, Hückelhoven
Horst, Ulrich, Hückelhoven
Jansen, Franz-Michael, Geilenkirchen
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
Klein, Hedwig, Wegberg
Krekels, Gerhard, Selfkant
Krings, Werner, Waldfeucht
Krummen, Arnd, Erkelenz
Küppers-Hofmann, Elsbeth, Geilenkirchen
Lausberg, Leonard, Heinsberg
Lenzen, Stefan, Heinsberg
Dr. Leonards-Schippers, Christiane,
Hückelhoven
Lüngen, Ilse, Heinsberg
Meurer, Maria, Erkelenz
Moll, Dietmar, Hückelhoven
Müller, Silke, Geilenkirchen
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Peters, Christian, Erkelenz
Plein, Jürgen, Geilenkirchen
Przibylla, Siegfried, Erkelenz (bis TOP 2)
Rademachers, Andreas, Selfkant
Reh, Andrea, Gangelt
Reyans, Norbert, Selfkant
Schaaf, Edith, Erkelenz
Schlößer, Harald, Erkelenz
Dr. Schmitz, Ferdinand, Wegberg
Schneider, Georg, Übach-Palenberg

Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Sonntag, Ullrich, Geilenkirchen
Stock, Michael, Wegberg
Thelen, Friedhelm, Geilenkirchen
Thelen, Josef, Übach-Palenberg
Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen
Vergossen, Heinz Theo, Heinsberg
Walther, Manfred, Übach-Palenberg
Wolter, Heinz-Jürgen, Hückelhoven

Es fehlen:

Meurer, Dieter, Heinsberg*
Röhrich, Karl-Heinz, Übach-Palenberg*
* entschuldigt

Von der Verwaltung:

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöppgens
Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Ltd. Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisverwaltungsdirektor Kremers
Kreisoberrechtsrätin Ritzerfeld
Kreisrechtsrat Schneider
Kreisamtmann Moll
Rechtspraktikantin Lehmann

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr

Der Kreistag des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010
2. Antrag nach § 5 GeschO der CDU-Fraktion betr. „Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)“
 - Anfrage nach § 12 GeschO der FDP-Fraktion betr. Fördergebiete

Nichtöffentliche Sitzung:

3. Abschluss von Vereinbarungen mit der Flurbereinigungsbehörde über den zweckgebundenen Grunderwerb für die Realisierung der Kreisstraßenbauvorhaben „EK 17“ (Ortsumgehung Vinteln, Gemeinde Gangelst) und „EK 13/EK 17“ (Ortsumgehung Gangelst)
4. Konzept zur Entwicklung der WestEnergie und Verkehr GmbH - Verkehrssparte - im Zeitraum 2010 bis 2015
5. Ernennungs- bzw. Höhergruppierungsvorschläge für das Jahr 2010

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2010 wurde am 22.12.2009 in den Kreistag eingebracht und den Kreistagsmitgliedern ausgehändigt. Zur Information wurden den Kreistagsabgeordneten für die damalige Sitzung erläuternde Unterlagen vorgelegt. Auf diese Unterlagen wird ergänzend verwiesen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich (bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen), der Haushaltssatzung 2010 in der im Entwurf vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Zum Haushalt nehmen für die Fraktionen die Vorsitzenden Reyans (CDU), Stock (SPD), M. Meurer (GRÜNE), Lenzen (FDP), Schreinemacher (UB-UWG) sowie das Kreistagsmitglied Müller (DIE LINKE) Stellung. Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden sind der Niederschrift als Anlage 1 bis 5 beigelegt. Kreistagsmitglied Müller führt aus, dass ihre Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten und sich zu gegebener Zeit zu den anstehenden Maßnahmen äußern werde.

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses stimmt der Kreistag mehrheitlich (bei 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen) der Haushaltssatzung 2010 zu.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag nach § 5 GeschO der CDU-Fraktion betr. „Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)“

Mit Schreiben vom 18.01.2010 hat die CDU-Fraktion nach § 5 der Geschäftsordnung die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) für die Abfallwirtschaft des Kreises Heinsberg beantragt. Dieser Antrag ist allen Kreistagsmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 08.02.2010 (dortige Anlage 3) zugegangen.

Auf der Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion vom 15.05.2008 und des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 03.06.2008 hat die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 16.12.2008 über eine durchgeführte Organisationsuntersuchung der Abfallwirtschaft des Kreises Heinsberg berichtet. Dieser Bericht ist der o.g. Einladung zur Fachausschusssitzung als Anlage 4 beigelegt.

Der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr folgend schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich (bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen) vor, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Kreistagsmitglied Echterhoff führt für die FDP-Fraktion aus, dass der Beratungsbedarf der Fraktion gedeckt sei und man der beabsichtigten Gründung zustimmen werde. Dies geschehe nicht in erster Linie wegen der Ausgliederung der Abfallwirtschaft, sondern vielmehr wegen des Beginns der interkommunalen Zusammenarbeit.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch mehrheitlichen Beschluss (bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung).

Antworten des Landrates auf die Anfrage der FDP-Fraktion betr. Fördergebiete:

Da die FDP-Fraktion um eine schriftliche Beantwortung gebeten hat, wird den Kreistagsmitgliedern in der Sitzung die Beantwortung mit folgendem Inhalt ausgehändigt:

zu Frage 1:

Es sind bei dieser sog. GA-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) keine Beträge für einzelne Kommunen oder Kreise reserviert, weshalb hierzu auch keine Hochrechnungen für den Kreis Heinsberg möglich sind.

Vielmehr ergeben sich entsprechende Mittelvergaben aus zur Förderung beantragten Projekten der gewerblichen Wirtschaft und von Gebietskörperschaften. Die Anträge werden aus dem entsprechenden operationellen Programm des Landes NRW (Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm NRW, RWP) zur Umsetzung der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe(n) GA bewilligt für

- a. arbeitsplatzschaffende bzw. -sichernde Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft (sowohl Neuansiedlungen als auch Projekte von Bestandsunternehmen)
- b. Maßnahmen des Ausbaus der (wirtschaftsnahen) Infrastruktur durch öffentliche Projektträger (Kommunen). Hierzu zählten in der Vergangenheit im Wesentlichen die Erst- bzw. Erweiterungserschließungen von Gewerbe-/Industriegebieten, Errichtung von Gründerzentren u.ä..

zu Frage 2:

Es gibt keine Quotierung der GA-Mittel nach Vorhaben gewerblicher Investoren bzw. öffentlicher Infrastruktur-Projektträger. Hier gilt im Prinzip ebenfalls der Hinweis aus Antwort 1, da die Frage der Mittelvergabe im Wesentlichen von der Einbringung entsprechender Infrastrukturvorhaben öffentlicher Projektträger abhängt.

Leider gibt es auch auf Landesebene keine statistische Übersicht über die Aufteilung der Infrastrukturanteile der GA-Mittel auf einzelne Projektarten. Allerdings veröffentlicht das NRW-Wirtschaftsministerium einmal jährlich eine Liste der Einzelvorhaben, die landesweit aus diesem Topf gefördert wurden, auf seiner Internetseite (www.wirtschaft.nrw.de/400/200/RWP_Infrastruktur/Ver-366ffentlichungstabelle_Infrastruktur_GA_30_06_2009__1_.pdf).

zu Frage 3 und 4:

Die GA-Förderung in NRW wird ausschließlich über das erwähnte RWP operationell umgesetzt. Förderbare Projekte orientieren sich am sog. GA-Rahmenplan (des Bundes und der Länder) und werden in NRW über eigene Richtlinien zu den unter 1. a und 1. b beschriebenen Themen (gewerbliche Wirtschaft, wirtschaftsnahe Infrastruktur) umgesetzt.

Das RWP dient allerdings seit Einführung der wettbewerbsorientierten NRW/EU-Ziel-2-Förderung im Jahr 2007 teilweise auch (landesweit) zur operationellen Umsetzung entsprechender Gewinnerprojekte (die entsprechenden Förderbeträge waren/sind somit nicht in der in Frage 1 erwähnten Mittelausstattung aus GA enthalten).

Beim Thema Infrastrukturförderung sieht das RWP derzeit insgesamt 15 verschiedene förderbare Projektarten vor, die ich Ihnen verkürzt darstellen möchte:

- Erschließung/Wiederherrichtung von Industrie-/Gewerbeflächen
- Errichtung/Ausbau von Verkehrsverbindungen (Gewerbegebiete an überregionales Verkehrsnetz)
- Errichtung/Ausbau von Energie-/Wasser-/ Kommunikationsleitungen zur Versorgung anzusiedelnder Unternehmen in Gewerbegebieten
- Neubau, Ausbau, Nachrüstung von Abwasser- bzw. Oberflächenwasserrückhalte-, beseitigungs- bzw. Reinigungsanlagen
- Errichtung von Gewerbezentren, die vorwiegend kleinen Unternehmen (nach EU-Definition) Räumlichkeiten/Gemeinschaftsdienste bereitstellen
- Forschungs-/Innovationsinfrastruktur für Kleine und Mittlere Unternehmen (nach EU-Definiton = KMU)
- Errichtung, Ausbau und Ausstattung von Berufsaus-/fortbildungs- sowie Umschulungseinrichtungen
- Geländeerschließungen für, bzw. öffentliche Einrichtungen des Tourismus
- Planungs-/Beratungs-/Entwicklungsleistungen und Machbarkeitsstudien im Zusammenhang mit den vorgenannten Projektarten
- Vermarktungsmaßnahmen für Gewerbe-/Industrieflächen (Grundstücke wie Nutzflächen in Technologie-/Gründerzentren)
- Konzepte/Gutachten zur Erstellung clusterbezogener Vermarktungsstrategien zur Investorenakquise für NRW
- Erstellung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte
- Organisation/Durchführung von Regionalmanagement
- Maßnahmen im Rahmen eines Regionalbudgets
- Errichtung/Durchführung von Kooperationsnetzwerken/Clustermanagement

zu Frage 5:

Der Kreis Heinsberg gehört seit Anfang der 90er Jahre (mit wechselnder kommunaler Abdeckung, überwiegend aber flächendeckend) zu der Gebietskulisse der GA-Förderung bzw. des RWP-Programms, zu dessen Refinanzierungsquellen in NRW und auch im Kreis Heinsberg bis 2006 auch lange Zeit die sog. NRW/EU-Ziel-2-Förderung bzw. EU-Förderprogramme zur Konversion militärischer Standorte gehörte(n).

Da seit 2007 vorübergehend Teile des Kreises Heinsberg aus der Gebietskulisse ausgeschieden waren und das RWP auch hinsichtlich seiner inhaltlichen Vorgaben seine "Attraktivität" für gewerbliche Investoren stark eingebüßt hatte, blieben die Jahre 2007 und 2008 allerdings annähernd ohne entsprechende Fördereffekte. Erst die Wiederaufnahme des gesamten Kreisgebietes in die Förderung (Oktober 2008) und die Verbesserung der Konditionen im Zuge von Steuerungsmaßnahmen gegen die Wirtschaftskrise (seit Anfang 2009) haben das diesbezügliche Fördergeschäft wieder leicht beleben können.

Fakt ist allerdings, dass auch im Jahr 2009 keine entsprechenden Förderzusagen für Projektanträge aus dem Kreis Heinsberg erfasst wurden. Dies liegt aber wohl nicht zuletzt auch an den mehrmonatigen Bearbeitungszeiträumen für die Anträge. Derzeit ist nach Rückmeldung der NRW.BANK eine Reihe von Anträgen gewerblicher Investoren, die 2009 gestellt wurden, in der Bearbeitung und werden in den nächsten Wochen zur Entscheidung

gebracht.

zu Frage 6 und 7:

Da keine Anträge in diesem Zeitraum bewilligt wurden (s.o.), liegen keine entsprechenden Daten für 2009 vor.

Zur Information: Seit 1992 wurden im Kreis Heinsberg rund 480 betriebliche Investitionsmaßnahmen aus dem RWP mit rd. 124 Mio. € gefördert (induziertes Investitionsvolumen: 830 Mio. €).

Im Bereich gewerblicher Infrastrukturmaßnahmen wurden im gleichen Zeitraum 43 Einzelvorhaben mit 117 Mio. € gefördert (induziertes Gesamtinvest: 183 Mio. €)

Bis 2005 erfasste die Statistik auch die mit den Vorhaben verbundenen Beschäftigungseffekte, demnach wurden von 1992-2005 im Kreis Heinsberg annähernd 5.000 Arbeitsplätze über aus dem RWP geförderte Investitionen geschaffen/gesichert.

zu Frage 8:

Hierzu liegen keine Informationen für 2009 vor.

Darüber hinaus erlaube ich mir den Hinweis, dass die NRW.Bank seit 2006 jährlich einen ausführlichen Förderbericht auch mit regionalisierten Informationen zur Vergabe ihrer Fördermittel aus den unterschiedlichsten Programmen herausgibt, der im Internet (www.nrwbank.de/de/corporate-site/presse/publikationen/index.html) herunter geladen werden kann. Mit der Erscheinung des Berichts für 2009 ist voraussichtlich im Mai d.J. rechnen.

Haushaltsrede 2010
CDU-Fraktion
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Gruß gilt aber auch den Gästen und Vertretern der
Presse.

Die Beratung und Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010
steht wie noch kein Haushalt zuvor im Focus der Finanzen.

3,6 Mio. Arbeitslose und eine große Zahl von Menschen, die in
Kurzarbeit sind, und ein Minus von 5% beim
Wirtschaftswachstum. Diese Zahlen machen deutlich wie
schwierig die Situation ist. Bund, Land, aber vor allem Kreise,
Städte und Gemeinden spüren die finanziellen Auswirkungen
ganz besonders. denn wegbrechende Gewerbesteuer-
einnahmen und sinkende Umlagegrundlagen führen zu immer
geringeren Schlüsselzuweisungen. Und die Ausgaben steigen
immer weiter.

Der Ruf nach einer Neuordnung und strukturellen Veränderung
der Finanzierung der Kommunen ist in diesen Tagen besonders
deutlich zu vernehmen.

Wir können nur die Hoffnung haben, dass die zarten Anzeichen
einer konjunkturellen Erholung sich schnell verfestigen und zu
mehr Wachstum und Beschäftigung führen.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2010 hat auf Grund der Tatsache, dass die Städte und Gemeinden in gleicher Weise wie der Kreis sich in einer schwierigen Situation befinden zu intensiven Diskussionen geführt.

Viele Kolleginnen und Kollegen in den Räten sind der Meinung, dass der Kreis durch eine höhere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage die Kreisumlage noch stärker hätte senken können.

Aber, wie sie ja alle wissen, ist die Ausgleichsrücklage nur eine rechnerische Größe und nicht gleichzusetzen mit liquiden Mitteln. Jeden Euro, den wir aus der Ausgleichsrücklage entnehmen, müssen wir erst einmal erwirtschaften bzw. kreditieren, damit dieses Geld zur Verfügung steht.

Die beschworene Solidarität des Kreises mit den Kommunen haben wir in vielen Gesprächen und natürlich durch unser Handeln in den vergangenen Jahren eindrücklich belegen können.

So wurden die Kommunen in der Zeit von 2000 bis 2009 um ca. 20 Mio. Euro entlastet, alleine über 4 Mio. Euro im vergangenen Jahr. Dies führte schließlich auch zu einer Senkung der Kreisumlage im vergangenen Jahr von 112 Mio. Euro auf 107,85 Mio. Euro.

Natürlich werden wir auch in Zukunft versuchen, die Krise im solidarischen Miteinander zu bestehen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses kommunal freundliche Handeln des Kreises in den vergangenen Jahren neben der guten Arbeit der Räte in den Städten und Gemeinden mit dazu geführt hat, dass auch in diesen sehr schwierigen Zeiten sich noch keine Kommune im Haushaltsicherungskonzept befindet.

Auch wenn Herr Meurer von den Bürgermeistern als zweiter Kammer spricht, so ist das Miteinander, das in der kommunalen Familie gepflegt wird, sicher ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Politik zum Wohle unserer Bürger.

Der Landrat hat bei der Einbringung des Haushaltes die Anzahl der Kommunen genannt, die im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt erzielen werden. Im gesamten Regierungsbezirk Köln sind dies nur noch 4-5 Kreise und ganze 18 kreisangehörige Kommunen.

Der Kreis Heinsberg und seine zehn Städte und Gemeinden zählen dazu.

Aber es wäre fatal, sich darauf zu verlassen, dass dies so bleibt. Die Luft wird auch für uns immer dünner. Wir alle wissen, dass große Unwägbarkeiten im Haushalt 2010 stecken.

So sinken die Schlüsselzuweisungen von 29,6 Mio. Euro 2009 auf 27,03 Mio. Euro im Jahr 2010. Gleichzeitig werden die Ausgaben im Bereich Soziales vorsichtig geschätzt um etwas mehr als 3 Mio. Euro steigen. (Gesamtbetrag 2009: 66.6 Mio. Euro und 2010: über 70 Mio. Euro.)

Der Bund hat in diesem Jahr seinen Anteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung der Hartz IV-Empfänger von 25,4 % um weitere 2,4% auf 23% abgesenkt. Hier bedarf es dringend einer Nachbesserung von Seiten des Bundes.

Denn diese Absenkung bedeutet Mindereinnahmen von rund 690.000 Euro. Und obwohl die Bedarfsgemeinschaften sich 2009 im Gegensatz zu 2008 im Jahresdurchschnitt um 100 verringert haben (2008 / 8.853 und 2009/ 8.750), können wir die Situation für 2010 auf dem Arbeitsmarkt nicht wirklich einschätzen. Im Haushalt des Kreises sind Mehrkosten von nur 760.000 Euro einkalkuliert.

Am Ende des Jahres wissen wir, ob diese sehr optimistische Planung auskömmlich war. Wünschenswert wäre es allemal.

Welchen Sprengstoff die Themen „Reform der Jobcenter“ und „Überarbeitung der Hartz-IV-Regelsätze“ beinhalten, zeigt die jüngste politische Debatte.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ankündigung der Bundesregierung, die Zukunft der ARGEN durch eine Verfassungsänderung endlich auf sichere Füße zustellen.

Trotz aller Diskussion, muss klar sein: die betroffenen Menschen haben im Mittelpunkt des politischen Handelns zu stehen. Es geht darum, eine ausgewogene Regelung zu finden, die den betroffenen Menschen eine Zukunftsperspektive aufzeigt. Und dazu braucht es auf jeden Fall die Hilfe aus einer Hand.

Mit großem Interesse verfolgen wir auch die Diskussion um die etwaige Aufhebung der Begrenzung der Anzahl der Optionskommunen. Sollte es hier wirklich zu einer Veränderung kommen, ist dies eine Variante, die wir im Kreis Heinsberg ernsthaft prüfen werden.

Die Ausgaben steigen nicht nur im Bereich der Bedarfsgemeinschaften. Es ist auch ein Mehrbedarf von 1 Mio. Euro bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen eingeplant. Bei Grundsicherung, die schon seit einigen Jahren stetig steigt, wird ein Mehrbedarf von 810. 000 Euro erwartet.

Diese Zahlen führen uns sehr klar vor Augen, dass die Einflussnahme in diesem Bereich des Haushaltes sehr gering ist.

Meine Damen und Herren!

Die Kostensteigerung im Bereich Personal wird immer wieder gerne ins Feld geführt, um den Haushalt abzulehnen.

Die Stellenmehrung und die damit verbundene Kostensteigerung sind in diesem Jahr vor allem im Bereich des Rettungsdienstes zu verzeichnen. Diese Neueinstellungen sind nach unserer Auffassung dringend notwendig.

Dies gilt vor allem für die Leitstelle. Es kann nicht sein, dass Mitarbeiter aus dem Urlaub gerufen werden, weil ein Engpass entsteht.

An dieser Stelle möchten wir den Mitarbeitern einen besonderen Dank für das hohe Engagement aussprechen.

Wichtig zu wissen ist, dass diese Stellen zu 2/3 aus dem Gebührenhaushalt finanziert werden.

Zwei Beispiele von vielen, die verdeutlichen, dass es zum einen Ereignisse gibt, die nicht von uns beeinflussbar sind und zum anderen Maßnahmen braucht, die zum Wohle unserer Mitmenschen unbedingt notwendig sind.

Meine Damen und Herren!

Diese Ausführungen werden untermauert durch folgende Aussagen im Vorbericht zum Haushalt, die auf den Seiten 43/44 nachzulesen sind:

„Rund 95% der Ausgaben sind vom Kreis nicht beeinflussbar. Seit Jahren sind gerade in diesen nicht beeinflussbaren Aufgabenbereichen überdurchschnittliche Aufwandssteigerungen zu verzeichnen. Hier ist vor allem die weiterhin überdurchschnittliche Steigerung in den sozialen Bereichen zu nennen.“ (Siehe gemachte Ausführungen)

Weiter heißt es:

„Im Rest der Aufgabensegmente sind darüber hinaus Bereiche enthalten, die grundsätzlich disponibel sind. Durch vertragliche Bindung und durch Förderzusagen sind jedoch in diesen Bereichen nur mit einschneidenden Veränderungen Einsparpotentiale zu schaffen.“

„Die freiwilligen Aufwendungen sind im Haushalt des Kreises unterdurchschnittlich enthalten und bieten nur Einsparpotentiale in relativ geringen Größenordnungen.“

Eine Reaktion auf diese Ausführungen könnte sein: Wir legen die Hände in den Schoß und warten ab, nach dem rheinisch-kölschen Lebensprinzip: ***Et kütt wie et kütt un et is noch immer jod jejange.*** (Ich gebe keine Garantie für die richtige Schreibweise)

Meine Damen und Herren!

Die CDU Fraktion sieht verschiedene Möglichkeiten durch entsprechendes politisches Handeln in den Bereichen Investitionen, Finanzplanung, strukturelle Veränderungen in Ablauf- und Aufgabenorganisation verbunden mit einer entsprechenden Personalentwicklung, langfristige Einsparungen zu erreichen.

Auch wenn die Gefahr besteht, dass ein Großteil der Einsparungen durch die nicht beeinflussbaren Faktoren wieder aufgezehrt wird.

Ein sehr aktuelles Beispiel, das zeigt wie schnell Planungen unter Druck geraten, ist die kurzfristig beschlossene Steigerung der Umlage durch den Landschaftsverband. War hier noch vor kurzem zugesagt worden, die Prozentzahl von 15,85 % auch in diesem Jahr einzuhalten, sind nun doch 16% für den Kreis veranschlagt. Eine kleine Änderung mit großen Auswirkungen, denn dies bedeutet Mehrausgaben von 423.000 Euro, die im vorliegenden Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt sind.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass der Landrat gemeinsam mit allen anderen Verantwortlichen hier im Haus sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, in diesem Jahr ca. 2 Mio. Euro einzusparen.

Aber wo fangen wir an?

Nun kann man sicherlich hingehen und alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand stellen. Dann werden wir - dessen bin ich mir sicher - nicht zu entscheidenden Einsparungen kommen. (Ich erinnere hier an die Aussagen im Vorbericht zum Haushalt 2010

Erste Kürzungsvorschläge wurden im Finanzausschuss von Bündnis 90/Die Grünen eingereicht. Und wen wundert´s? Sie betreffen den Bereich der freiwilligen Leistungen.

Die Kosten bei den Ehejubiläen, Goldhochzeiten und Diamantenen Hochzeiten in Höhe von 58.000 Euro wollen sie einsparen.

Meine Damen und Herren,

wir reden davon, dass Werte in unserer heutigen Gesellschaft wichtig sind und wieder eine stärkere Rückbesinnung auf diese Werte stattfinden soll. Werte haben aber auch etwas mit Wertschätzung der Menschen zu tun, die diese Werte leben. Die Familie und auch die Ehe waren und sind Formen des Zusammenlebens, die nach unserer Auffassung auch heute noch Keimzelle der Gesellschaft sind.

Diese Menschen haben in ganz erheblichem Maße in ihren Ehen und Familien in fünfzig oder gar sechzig Jahren zur gesellschaftlichen Gestaltung und Entwicklung beigetragen. Und sie wollen nun mit einem Federstrich diese Anerkennung streichen und den Jubelpaaren ein Kärtchen schicken.

Dem widersprechen wir ausdrücklich. Solche Kürzungsvorschläge werden von uns keinesfalls mitgetragen.

Es ist nicht sehr seriös und letztendlich auch nicht zielführend, wenn man vorgibt, durch die Streichung der Kosten bei den Ehejubiläen sparen zu wollen und gleichzeitig Mittel für einen/eine Schulpsychologen/in und entsprechende Raumausstattung und Sachmittel in nicht genau ermittelter Höhe für den Haushalt 2010 zu beantragen, oder den Bau von

Radfahrwegen prüfen zu lassen, wobei es in beiden Fällen schon Verbindungen gibt.

Natürlich können wir den Bereich der Investitionen bei den Einsparungen nicht ausklammern. Allerdings kann es nicht sein, dass zum einen Investitionen oder freiwillige Leistungen gestrichen werden und durch neue, die dem politischen Farbenspiel mehr entsprechen, ersetzt werden.

Ja, es stimmt, die großen Investitionen in den kommenden Jahren liegen im Bereich der Infrastruktur und vor allem im Straßenbau. Dies kommt nicht von ungefähr. Mit dem Bau der B56n verändern sich die Verkehrsströme in Teilen des Kreises ganz erheblich und es ist nach unserer Auffassung Aufgabe der Politik diese Veränderungen entsprechend weitsichtig so zu kanalisieren, dass die Lebensqualität für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger - soweit dies möglich ist - erhalten bleibt.

Wir können die Straßen nicht erst bauen, wenn die B56n fertig ist, sondern sind aufgerufen, jetzt zu handeln.

Wir halten es auch nicht für weitsichtig, Projekte, die schon zum Teil begonnen wurden, zu verschieben. Vor allem dann nicht, wenn klar ist, dass diese Projekte dringend notwendig sind. So laufen wir Gefahr, anstelle einer 65% Förderung in Zukunft gar nichts zu erhalten.

An diesen Investitionen hängen viele Arbeitsplätze in unserer Region. Ich verweise nur auf das Konjunkturpaket II und die damit verbundenen Aufträge für eine ganze Reihe von Firmen aus dem Kreis Heinsberg.

Und mit dem Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen, dass sich auch in Zukunft Gewerbebetriebe im Kreis Heinsberg ansiedeln und somit hoffentlich neue Arbeitsplätze entstehen.

Im Vorbericht zum Haushalt 2010 heißt es: *„Es gilt, in den Folgejahren die Investitionspolitik mit Augenmaß zu handhaben, um die Verschuldung zu begrenzen bzw. zu reduzieren. Die Verpflichtung der „öffentlichen Hand“ zu*

antizyklischem Handeln in der Wirtschaftspolitik macht es bisher erforderlich, dass in der schwierigen finanzwirtschaftlichen Situation, in der wir uns derzeit befinden, alle Instrumente genutzt werden, die die Wirtschaft zu stützen.“
(S.41)

Dieses Zitat macht deutlich, in welchem Spannungsfeld die zu treffenden Entscheidungen stehen.

Dabei ist es sicherlich von Vorteil, wenn wir im Hinblick auf die Investitionen eine Prioritätenliste erstellen. Wir schließen heute nicht aus, dass es auch zu Änderungen oder zeitlichen Verschiebungen kommen kann, solange, die von mir eben genannten Kriterien eingehalten werden.

Aber es sollte an dieser Stelle nicht der Eindruck entstehen, dass wir nur in den Straßenbau investieren.

Ich erinnere daran, dass wir mit der Reaktivierung der Schienenstrecke Heinsberg – Lindern endlich ein Projekt realisieren, das von uns schon lange gefordert und begleitet wird. Damit ist es gelungen, die Kreisstadt wieder an das öffentliche Schienennetz anzuschließen. Zudem erhoffen wir uns durch diese Maßnahme auch positive Auswirkungen im Bezug auf den ÖPNV.

Dies ist ein gutes Stichwort. Die Vorschläge, die seiner Zeit die ÖPNV-Arbeitsgruppe der CDU erarbeitet hat und die nun sukzessive umgesetzt wurden, zeigen Erfolg.

Ich nenne hier nur die Rücknahme von unrentablen Linien und die Ausweitung des Multibusses auf Kreisebene. In der letzten Verkehrs- und Umweltausschusssitzung wurden uns sehr eindrückliche positive Zahlen vorgestellt.

Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten. An dieser Stelle gilt es auch, die Entwicklung der West zu würdigen, die im ausgelaufenen Restrukturierungsplan 1,95 Mio. Euro eingespart hat. In einem weiteren Konzept zur Entwicklung der West Energie und Verkehr GmbH sollen im Zeitraum 2010 -

2015 die Voraussetzungen für eine gute Zukunft geschaffen werden.

Auch dies muss einmal gesagt werden. Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, den Haushalt des Kreises zu stabilisieren und die Belastungen der Kommunen zu minimieren.

Kurz gesagt:

Es wurde erheblich gespart und trotzdem die Attraktivität gesteigert.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist der Auffassung, dass wir versuchen sollten, die Investitionen, die wir in der Pipeline haben, umzusetzen.

Neue Projekte werden wir aber nur zulassen, wenn die Finanzierung gesichert ist, ohne den Haushalt zu belasten.

Meine Damen und Herren,

der Landrat hat am 4. Februar im Erörterungsgespräch mit den Fraktionsvorsitzenden noch einmal deutlich gemacht, dass er zu Einsparungen von bis zu 2 Mio. Euro kommen will und muss.

Die CDU-Kreistagsfraktion - und dies habe ich in meinen Ausführungen schon deutlich gemacht - ist der Auffassung, dass die Streichliste nicht ausschließlich Vorschläge beinhalten kann, die im Bereich der freiwilligen Leistungen liegen. Das wäre nach unserer Auffassung zu einseitig und würde auch strukturell nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltslage führen, zumal freiwillige Leistungen auch im Bereich des sozialen Feldes anzusiedeln sind und diese Kürzungen genau die Menschen trifft, die auf Hilfe angewiesen sind. Ich verweise hier nur auf die nächste Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses.

Eine Arbeitsgruppe der CDU-Kreistagsfraktion hat sich auf Grund der sich abzeichnenden Verschlechterung der Haushaltslage intensiv von der Verwaltung über die aktuelle

Lage und die zu erwartende mittelfristige Entwicklung der Finanzlage des Kreises informieren lassen.

Dabei wurde deutlich, dass einige schon begonnene Maßnahmen deckungsgleich mit den Vorstellungen der CDU sind und haben deshalb unsere ausdrückliche Zustimmung erfahren.

Darüber hinaus möchten wir mit der Verabschiedung des heutigen Haushaltes einige Ziele formulieren, die für die kommenden Jahre mit allem Nachdruck verfolgt und umgesetzt werden sollen.

Zu den Maßnahmen, die wir begrüßen, gehört die jährliche Einstellung der berechneten Summe für Pensionsrückstellungen. Sie beträgt in diesem Jahr 1,5 Mio. Euro. Nach den heutigen Berechnungen werden die Pensionsverpflichtungen ab 2020 "Geld kosten", dem Kreis also Liquidität abverlangen. Deshalb ist es richtig schon jetzt Vorsorge zu treffen und vorhandene Liquiditätsgewinne zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen zurückzulegen.

Die Umschuldung von weiteren Inneren Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgrund des geringen Zinsniveaus in langfristige Kredite umzuwandeln, halten wir für eine weitsichtige und kluge Maßnahme.

Diese Maßnahmen alleine werden unseren Haushalt nicht im Lot halten. Sie sind kleine aber wichtige Bausteine einer Gesamtstrategie.

Unser Ziel ist es, - mittelfristig und unter Beachtung der bereits von mir erwähnten, bereits beschlossenen Investitionsvorhaben - die Verschuldung zurückzuführen. Notwendige Investitionen wird es auch in Zukunft geben. Das Abschreibungsvolumen des Kreises, das bei etwa 5 Mio. Euro liegt, bietet dafür Spielräume. Wir streben an, in Zukunft diesen Liquiditätsüberschuss neben den notwendigen Investitionen zu einem nennenswerten Anteil

für eine Schuldentilgung zu nutzen. Das ist, da bin ich mir sicher, eine Politik mit Augenmaß, die langfristig tragen kann.

Die Ankündigung unseres Landrats, in diesem Jahr 2 Mio. Euro im laufenden Haushalt einzusparen, zeigt die Richtung, die eingeschlagen werden muss: das Kreisumlagevolumen kann nicht deshalb wachsen, weil ein Bedarf besteht. Unabweisbare Anforderungen werden uns auch in Zukunft zwingen, höhere Bedarfe umzulegen. Aber eine ambitionierte Gesamtstrategie erfordert auch Einsparungen. Diese sind aber ohne Einschnitte "im laufenden Betrieb" nicht möglich. Damit der gewohnt hohe Leistungsstandard unserer Kreisverwaltung nicht leidet, lautet deshalb eine weitere Zielformulierung:

Einsparungen müssen durch strukturelle Veränderungen im Haus erreicht werden, z.B. dahingehend, dass wegfallende Stellen nicht mehr automatisch neu besetzt werden. Es gilt durch Neu- bzw. Umorganisation von Aufgaben, Abläufe zu verändern.

Dies ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen möglich ist, der aber, wenn er langfristig und konsequent umgesetzt wird, zu einem deutlichen Einsparungspotential führt.

Ein gutes Beispiel dafür, dass auf Grund veränderter Aufgabenzuweisungen Neues entstehen kann, ist die Ankündigung des Landrates, dass im Kreis nun doch ein Regionales Bildungsnetzwerk entstehen soll. Dies soll ohne Stellenmehrung geschehen. Die Entstehung eines Regionalen Bildungsnetzwerkes findet unsere ausdrückliche Zustimmung. Wir sehen aber auch unsere und die Forderungen der Bürgermeister erfüllt, dies ohne Stellenmehrung zu erreichen. Dass die geringe Personalausstattung unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit hat, nehmen wir erst einmal zur Kenntnis. Vielleicht ist der Zwang, sich verstärkt Schwerpunktaufgaben auf der Basis einer gezielten Prioritätensetzung zu zuwenden, nicht unbedingt von Nachteil in der jetzigen finanziellen Situation.

Vieles ist wünschenswert, aber nicht alles ist machbar.

Die Aufgabe des Kreises ist es - wie wir gerade gesehen haben - , auf verschiedenen Ebenen mit den Städten und Gemeinden Netzwerke zu entwickeln

Eine noch engere interkommunale Zusammenarbeit hilft, kommunale Haushalte zu entlasten, Aufgaben zu optimieren und Gebühren für den Bürger zu senken.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag zur Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu sehen. Dieser Antrag ist übrigens nicht einfach vom Himmel gefallen. Es gab schon im Jahre 2008 von Seiten der CDU die ersten Anträge in Sachen AÖR.

Die Gründung einer AÖR ist ausdrücklich als Angebot und Aufforderung an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu sehen.

Die AÖR ist nach unserer Auffassung das richtige Instrument, die interkommunale Zusammenarbeit voranzubringen.

In einem ersten Schritt soll die AÖR im Bereich Abfallwirtschaft tätig sein, aber auch für mögliche weitere Aufgaben offen sein.

Nach unserer Überzeugung ist die AÖR ein Instrument, das auf Dauer zu einer erheblichen Kostenreduzierung und auch Aufgabenoptimierung beim Kreis, den Städten und Gemeinden führen wird. Kosten, die wir hier einsparen, kommen letztendlich den Bürgern zu Gute.

Es freut uns, dass fast alle Fraktionen, wenn auch nach einigen Verständnisschwierigkeiten, unserem Antrag, die Voraussetzungen zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts zu schaffen, gefolgt sind.

Ich war erstaunt, dass gerade die UB, die sich nach eigenem bekunden so für die Anliegen der Bürger einsetzt, diesem Antrag nicht gefolgt ist. Schade, Herr Schreinemachers, an dieser Stelle hätten Sie wirklich etwas für die Bürgerinnen und Bürger tun können.

Meine Damen und Herren,

trotz aller parteipolitischen Unterschiede gibt es Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die kein parteipolitisches Gezänk erlauben. Das Thema Kinderarmut z.B. ist zu bedeutend, als dass es zerredet werden darf. Ich finde es gut, dass alle im Kreistag vertretenen demokratischen Parteien sich einig sind, hier gemeinsam für den Kreis nach Lösungen zu suchen. In einem ersten Treffen haben wir vereinbart, dass die Verwaltung prüfen soll, ob durch ein Gutachten entsprechende Daten zu Verfügung gestellt werden können. Diese Daten sollen dann Grundlage für weitere mögliche Schritte sein. Die Kreissparkasse hat zugesagt, die Kosten für ein solches Gutachten zu übernehmen. Herzlichen Dank!
Nun warten wir auf ein entsprechendes Angebot, dass die Verwaltung einholen soll.

Meine Damen und Herren!

Die Lage ist ernst aber nicht hoffnungslos!

Dass die demokratischen Parteien in diesem Haus nicht immer zu gleichen Ergebnissen bei den anstehenden Problemen kommen, ist verständlich. Letztlich ist es gut und auch befruchtend für unsere Arbeit zum Wohle des Kreises Heinsberg.

Ich danke Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode.
Auch wenn nun die Landtagswahlen ihre Schatten vorauswerfen, hoffe ich doch, dass die Ausführungen der nun folgenden Haushaltsreden nicht nur dem Wahlkampf geschuldet sind.

Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit und ganz besonders Herr Schöpgens und

seinen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern für die Geduld und Bereitschaft, alle anstehenden Fragen mit der gewohnten Sachkompetenz zu beantworten.

Meine Damen und Herren,

die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu.

Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung 2010 des Kreises Heinsberg

von **Michael Stock**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

Sitzung des Kreistags am 18. Februar 2010

im großen Sitzungssaal des Kreishauses Heinsberg

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Am Aschermittwoch ist alles vorbei“, so lautet es in einem bekannten Karnevalsschlager von Jupp Schmitz aus dem Jahre 1953, der in den letzten Tagen wieder von vielen Karnevalisten weinend gesungen worden ist.

Schaut man sich den Entwurf des Haushaltes für den Kreis Heinsberg 2010 an, könnten einem ebenfalls die Tränen kommen. - Schade ist nur, dass wir kein Karnevalsverein sind, sondern der Kreistag, der darüber zu entscheiden hat, wie die Politik im Kreis dieses Jahr aussehen soll.

Wir hatten bereits im Kreisausschuss letzte Woche gesagt, dass wir dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen können, und den Haushaltsentwurf ablehnen werden.

Bevor ich die Gründe hierfür erläutere, möchte ich in aller Kürze auf die Grundlagen des Kreishaushaltes eingehen:

Die Grundlagendaten, die den Rahmen für Haushaltsplanungen vorgeben, bilden das Jahr nach dem Krisenjahr 2009 ab, wobei wir damals schon wussten, dass uns die Krise verzögert erreichen würde.

Der Kreis Heinsberg erhält im Jahre 2010 nach der Dritten modifizierten Modellrechnung Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 27 Mio. Euro durch das Land NRW. Das sind rund 2,50 Mio. Euro weniger als im Jahr 2009. Die allgemeine Kreisumlage wird für das Jahr 2010 mit rund 117,1 Mio. Euro veranschlagt und damit in absoluten Zahlen rund 10 Mio. Euro mehr in den Kreishaushalt spülen als dies noch 2009 der Fall war. Prozentual ausgedrückt bedeutet das aber eine extreme Steigerung um 4,442 Prozentpunkte auf 45,232%.

Allerdings sind die Zeiten vorbei, als die Opposition den Kreishaushalt ablehnen konnte, weil die Kreisumlage gestiegen ist. Die Lage der Kommunen ist nämlich viel zu prekär, als dass man so platt argumentieren könnte.

Wir alle sind uns einig, dass die Kommunen viel Geld in ihre Haushalte einstellen, um den Kreis, sagen wir mal, zu finanzieren. Sie ersticken fast daran. Deswegen haben sie selbstverständlich ein Mitspracherecht bei dem, was der Kreis mit ihrem Geld macht. Die Betonung liegt hier allerdings auf „Kommunen“.

Und hier sind wir bereits bei einem Punkt angelangt, weshalb die SPD-Kreistagsfraktion den Haushaltsentwurf ablehnt.

Dieser Haushaltsentwurf ist nämlich nicht wie jeder andere zustande gekommen. Das muss man wissen. Wir meinen, hier ist Politik betrieben worden, die wir als undemokratisch bezeichnen.

Nachdem der Kreiskämmerer nach bestem Wissen und Gewissen den Haushalt im November des letzten Jahres bereits aufgestellt hatte und, wie es üblich und vorgesehen ist, den Bürgermeistern diesen in einem Eckpunktepapier vorstellte, erhob sich energischer Widerspruch von diesen Hauptverwaltungsbeamten, wie man ihn eigentlich – auch in der Öffentlichkeit – noch nicht erlebt hat.

Die Bürgermeister forderten im Rahmen der sog. Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz weitere Einsparungen und insbesondere einen Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 5 Mio. Euro. Mit anderen Worten sollte der Kreis formal einen unausgeglichenen Haushalt vorlegen, der dann durch einen legalen Trick wieder ausgeglichen wird, indem man das Eigenkapital belastet.

Im Rahmen eines Kuhhandels wurden dann aus den 5 Mio. Euro plötzlich 3 Mio. Euro. Der scheinbare Kompromiss war gefunden!

Von dieser Entscheidung haben weder die Räte noch der Kreistag gewusst oder gar mitgewirkt. Das heißt für uns, hier werden in demokratisch nicht legitimierten Runden Vorentscheidungen getroffen, die dem Kreistag dann nur noch zur Abstimmung

vorgelegt werden sollen. Wenn hier die Auffassung vertreten wird, die Bürgermeister seien diejenigen, die die Interessen der Städte und Gemeinden vertreten, so ist das falsch. Es gibt im Kommunalrecht keine „Zweite Kammer“.

Die Räte entscheiden über die dortige Politik! – Und der Kreistag entscheidet über die Politik hier im Kreis!

Natürlich haben die Bürgermeister nicht unrecht, wenn sie mehr Einsparungen fordern; sie haben ebenfalls nicht unrecht, wenn es darum geht, dass der Kreis eine Fürsorgepflicht für seine Kommunen hat.

Aber in einem Punkt irren die Bürgermeister: Letztendlich machen die Abgeordneten im Kreistag, machen wir, die Kreispolitik. Und das dürfen wir uns nicht wegnehmen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist aber nicht der ausschlaggebende Punkt, weshalb wir den Haushaltsentwurf ablehnen. Wir sind der Meinung, dass der Kreis an Glaubwürdigkeit verliert.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, bevor ich das konkretisiere, ein Zitat aus dem Jahr 2004 vorweschicken, das ich beim Durchforsten alter Unterlagen gefunden habe. Dort heißt es, als es um verlässliche Haushaltspolitik geht:

„Verlässlichkeit zum einen für Sie als Mitglieder des Kreistages, die mit belastbaren Zahlen arbeiten können, Verlässlichkeit aber auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die ja bekanntlich von dem Haushalt des Kreises betroffen sind. Es nutzt niemanden, einen Haushalt aufzustellen, der bei der Einbringung bereits überholt ist ...“

Herr Landrat, kommt Ihnen das bekannt vor? Das sind Ihre Worte zur Einführung des Haushaltes 2005 vom 16.12.2004, der aufgrund der Einführung des Arbeitslosengelds II verspätet eingebracht wurde. Wir werden darauf zurückkommen.

Wenn Sie also damals von Verlässlichkeit sprechen, dann vermissen wir genau diese beim Haushaltsentwurf für 2010. Es ist nämlich mehr als verwunderlich, wenn man – zunächst – in der Presse davon lesen muss, dass der Kreis weitere Einsparungen in der Größenordnung von zwei Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr 2010 beabsichtigt. Damit das hier niemand falsch versteht: Auch wir meinen, dass der Kreis

durchaus Einsparungen vornehmen soll, wo es denn geht. Aber, was bringt es, wenn wir jetzt einen Haushalt aufstellen, der bei der Einbringung bereits überholt ist, Herr Pusch?

Oder mit unseren Worten, was ist ein Haushalt wert, der bereits bei seiner Verabschiedung schon um weitere zwei Millionen Euro verschoben ist?

Es ist schließlich die Aufgabe eines Haushaltsentwurfes, der Politik zu zeigen, in welchen Bereichen die Verwaltung welche Ausgaben plant; und in welchen Bereichen die Verwaltung Einsparungen zum Vorjahr plant. Deswegen heißt dieses 782-Seiten-Werk nicht umsonst „Haushaltsplan“.

Einen Plan, von dem, was die Verwaltung vorhat, können wir allerdings nicht erkennen, Herr Landrat.

Die SPD-Fraktion ist deswegen für klare Verhältnisse: Wir wollen keinen Nebenhaushalt, der dafür sorgt, dass wir dieses dicke Buch getrost ins Altpapier geben können.

Es wäre doch eigentlich nur konsequent, wenn der Haushalt erst verabschiedet wird, wenn die von Ihnen angepeilten Einsparungen eingearbeitet sind, oder?

Natürlich, Herr Schöpgens, kein Kämmerer hat es gerne, ohne Haushalt zu wirtschaften. Das verstehen wir.

Und wäre es nicht auch ehrlicher, die Kommunen von vornherein um weitere zwei Millionen zu entlasten und einen tieferen Griff in die Ausgleichsrücklage zu machen? Wir haben die Problematik dabei in vielen Gesprächen mit Ihnen Herr Schöpgens besprochen.

Dennoch meinen wir, dass das hier der richtige Weg sein könnte, um in den Zeiten der Krise ein Zeichen für die Kommunen im Kreis Heinsberg zu setzen. Wir haben nicht vergessen, dass der Kreis auch in den letzten Jahren viele Wohltaten über die Kommunen ausgeschüttet hat. Dennoch dürfen wir die Kommunen nicht einfach so in das Verderben laufen lassen.

Natürlich soll das nicht alles aus reiner Nächstenliebe geschehen. Auch die Kommunen müssen das Ihrige dazu beitragen, die Haushaltslöcher nicht zu groß werden lassen. – von Stopfen will ich in diesem Zusammenhang gar nicht mehr reden. Deswegen muss

der Kreis auch für eine solche weitere Wohltat auch fordern dürfen. Hiervon kann ja bei dem gefundenen „Kompromiss“ keine Rede sein.

Außer, dass die Bürgermeister dem Landrat das Leben noch schwerer machen, als er es ohnehin schon hat, habe ich von keinerlei Entgegenkommen der Kommunen gehört.

Dabei bedeutet für mich ein Kompromiss, die Lösung eines Konfliktes durch beiderseitiges Nachgeben. Wo geben die Kommunen nach? Wo sind die Einsparungen hier?

Denn eins dürfen wir nicht vergessen: Auch die Kommunen leben von den Einnahmen, die ihnen andere beschere. Letztendlich sind es doch die Bürgerinnen und Bürger, die die Zeche bezahlen. Sei es durch höhere Abgaben oder durch Schließung von öffentlichen Einrichtungen oder wegfallenden Fördermaßnahmen.

Wieso sollte der Kreis es denn nicht schaffen, die Einsparungen im Laufe des Haushaltsjahres vorzunehmen, und den so erzielten Erlös dann in die Ausgleichsrücklage zurückzuführen? Aus unserer Sicht führt das zur Haushaltsklarheit und – wahrheit. Wir sollten in diesen schweren kommunalen Zeiten doch ehrlich miteinander umgehen. Denn nur gemeinsam kann die „Kommunale Familie“ verlässlich für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis etwas erreichen.

Und dieses Gemeinsame ist dann vielleicht auch ein kleiner Silberstreif am Horizont. Denn erste Schritte sind gemacht.

Wir haben den Vorschlag unterstützt, zukünftig die Aufgaben der Abfallentsorgung gemeinsam mit den Kommunen zu bewerkstelligen. Die von uns seit Langem geforderte kreisweite Schulentwicklungsevaluation ist ein anderes Beispiel.

Aus unserer Sicht ist es in Zukunft aber erforderlich, dass der Kreis noch mehr als Knotenpunkt eines Netzwerkes, welches aus den Städten und Gemeinden im Kreis besteht, fungiert und so einen echten Mehrwert für diese darstellt. Dies muss für die Bereiche der Wirtschaftsförderung genauso gelten, wie für die Zusammenarbeit im Sozialbereich.

Die dezentrale Versorgung der Menschen im Netzwerk Kreis Heinsberg ist deswegen auch eine grundlegende Forderung, die wir im Rahmen der kommenden Jahre stellen.

Unser Antrag auf Einrichtung von mehreren Pflegestützpunkten fand leider keine Mehrheiten. Obwohl es bei der Einrichtung gerade darum geht, den Menschen dezentral Beratung anzubieten, wobei die Koordination vom Kreis her erfolgt.

Der Kreis wäre mit der vom Land bereitgestellten „Anschubfinanzierung“ in der Lage gewesen, den Menschen mit Pflegebedarf dezentral Beratung aus erster Hand bieten zu können. – Und zwar rechtsverbindlich.

Wenn wir als Knotenpunkt im Kreis fungieren wollen, müssen aber auch die Strukturen im Kreis dementsprechend ausgestaltet sein. Einsparungen werden wir nämlich nur dann erzielen, wenn wir hier besser arbeiten. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aufgaben soll der Kreis in Zukunft wahrnehmen und welche nicht. Hierfür ist aus unserer Sicht das Leitbild für den Kreis Heinsberg nach wie vor der richtige Wegweiser. Wir müssen nur beginnen, es Punkt für Punkt umzusetzen und unser Handeln hiervon leiten lassen. Dabei ist es sicherlich erforderlich, mit den Städten und Gemeinden zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit darf sich dann aber nicht auf die Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz beschränken, sondern muss auch die Räte einschließen.

Auf der anderen Seite werden in dem vorliegenden Entwurf politische Weichen gestellt, die aus unserer Sicht nicht unterstützenswert sind, weil sie genau gegenläufig sind.

Meine Damen und Herren,
die Aufwendungen für den Bereich der Sozial- und Jugendhilfe und Leistungsbeteiligungen im Bereich Arbeitslosengeld 2 stellen erneut den mit ca. 75 Mio. Euro größten Einzeletat dar.

Hier geht es um die Kosten, die in erster Linie durch Bundesgesetzgebung an den Kreis weitergegeben werden. Insoweit sind natürlich die Handlungsspielräume begrenzt. Das wissen wir. Nach wie vor ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften dem Grunde nach mit rund 8.500 unverändert hoch. Es ist schon fast beängstigend, wenn man davon sprechen muss, dass es sich hierbei um einen Sockel handelt.

Hinzu kommt die wirklich unnötige Diskussion und ständige Verringerung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Mittlerweile zahlt der Bund nur noch 23,00 %; 2009 waren es noch 25,4 % der Kosten. Hierbei wissen wir nicht, ob der Mittelansatz dem strengen Winter wirklich gerecht wird und wir nach am Ende auch hier noch erheblich zuzahlen müssen.

Aber hier ausnahmslos auf die Tränendrüse zu drücken ist nicht zielführend. Unsere Rufe aus dem westlichsten Kreis verhallen sowieso im fernen Berlin. Deswegen muss der Kreis aktiv daran arbeiten, die Zahl derer zu verringern, die von diesen Transferleistungen leben. Auch hier sei deutlich darauf hingewiesen: Wir wissen, dass die Einflussmöglichkeiten des Kreises innerhalb der Arge begrenzt sind, aber das darf kein Grund dafür sein, keine Konzepte dafür zu entwickeln, die dafür sorgen, dass mehr Menschen im Kreis aus dem Bereich des Arbeitslosengelds II wieder in den Arbeitsmarkt; am besten in den ersten Arbeitsmarkt kommen.

Weiterhin muss der Kreis natürlich daran arbeiten, dass erst gar nicht dazu kommt, dass Menschen von Arbeitslosengeld II leben, in dem er dafür sorgt, dass seine Bürgerinnen und Bürger ordentlich ausgebildet sind.

Und für den Fall, dass es Probleme innerhalb der Familie gibt, muss ein funktionierendes Jugendamt den Familien Hilfestellung geben können.

Insofern beobachten wir mit sehr großer Skepsis die steigenden Kosten im Jugendhilfebereich trotz sinkender Anzahl von Kommunen, die der Kreis noch betreut. In Zahlen bedeutet das, der Kreis gibt dieses Jahr rund 1,8 Mio. Euro mehr aus als im Jahr 2009 und rund 3,5 Mio. Euro seit 2008.

Wenn die Kosten derartig explodieren, spricht doch sehr viel für ein strukturelles Problem, das wir nicht nur verwalten dürfen. Hier muss konzeptionell neu gedacht werden.

Der Kreis muss sich Gedanken darüber machen, wie wir den jungen Menschen, die die Zukunft im Kreis Heinsberg darstellen, eine Perspektive bieten können, die Ihnen nicht nur eine Ausbildung bietet, sondern Ihnen darüber hinaus auch die Möglichkeit eröffnet, hier leben zu bleiben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nochmals kurz auf die Zukunft der Arge im Kreis Heinsberg eingehen:

Endlich hat sich die CDU eines Besseren belehren lassen und der Änderung des Grundgesetzes Vorschub gewährt. Das ist richtig und wichtig. Wir hätten das aber auch schon länger haben können. Das muss man auch sagen dürfen. Die SPD hatte bereits in Zeiten der Großen Koalition diesen Vorschlag gemacht, der dann von einigen Ministerpräsidenten torpediert wurde. Das erinnert ein wenig an die Bürgermeister ...

Im Ernst: Wenn es nun gelingt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, wäre es gut für die vielen Menschen im Kreis Heinsberg, die in der Vergangenheit im Ungewissen waren, ein wenig Verlässlichkeit zu geben. Verlässlichkeit übrigens auch für die vielen Angestellten in der Arge des Kreises.

Und sollte es tatsächlich die Möglichkeit geben, dass der Kreis im Rahmen einer sogenannten Optionskommune, die Aufgaben alleine wahrnehmen kann, darf ich Ihnen, aber auch meiner Partei aus Sicht eines Kommunalpolitikers mit auf den Weg geben, dass wir ein solches Vorhaben sicherlich nicht von vornherein ablehnen werden, wenn die Umstände stimmen. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort können nur Menschen vor Ort erkennen und lösen.

Schließlich möchte ich noch ein weiteres Thema ansprechen, meine Damen und Herren. Übrigens wurde das bestimmt auch oft in den Bürgermeisterrunden diskutiert: Personalkosten.

Hierzu vertreten wir eine ganz klare Linie. Wir möchten eigentlich über die Personalkosten in Zukunft gar nicht mehr diskutieren müssen, weil wir der Auffassung sind, dass hinter jeder Stelle, die im Personalplan steht, ein Arbeitsplatz steht und dahinter ein Mensch und sehr oft auch eine Familie. Deswegen hat der Kreis aus unserer Sicht nicht zu viele Mitarbeiter. Aus unserer Sicht sollte er sie jedoch effektiver einsetzen. Es kann nicht sein, dass der Kreis jährlich Unsummen für Ausschreibungen von Ingenieurleistungen ausgibt und gleichzeitig viele Ingenieure selbst beschäftigt, die diese sehr teure Arbeit erledigen könnten. Wir meinen, dass hier ein Einsparpotenzial vorhanden ist, was sowohl der Kreiskasse als auch den Bediensteten nutzen kann.

Denn, welcher Arbeitnehmer, gleich welcher Art, möchte nicht für seinen Arbeitgeber die beste Leistung abgeben und sein ganzes Know-how zur Verfügung stellen?

Meine Damen und Herren,

zusammenfassend lehnen wir den Haushaltsentwurf für 2010 aus ab, weil wir die **Art und Weise der Aufstellung nicht tolerieren.**

Wir lehnen den Entwurf ab, weil wir meinen, dass die Politik bei **Verabschiedung des Haushaltes nicht „planlos“ handeln sollte.**

Und ferner lehnen wir den Haushaltsentwurf deswegen ab, weil wir gerade im Bereich der **Sozial- und Jugendpolitik eine falsche Weichenstellung** ausgemacht haben.

Abschließend gilt unser Dank nochmals dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushalts.

Herr Schöpgens, auch in schweren Zeiten, haben Sie der neuen SPD-Kreistagsfraktion den Haushaltsplan zuverlässig und fachkundig vorgestellt und jede Frage, auch grundsätzlicher Art, gerne beantwortet.

Mit einem Augenzwinkern darf Ihnen noch einen kleinen Insidertipp geben: Jupp Schmitz, den ich am Anfang zitierte, hat einen weiteren Karnevalshit: „Wer soll das bezahlen“.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

18. Februar 2010

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Schöpgens,
meine Damen und Herren,

selten ist um einen Kreishaushalt im Vorfeld so viel Wirbel gemacht worden. Zumindest habe ich in den 10 Jahren, in denen ich jetzt im Kreistag bin, noch nichts Vergleichbares erlebt.

Die kreisangehörigen Kommunen haben eine Menge Druck aufgebaut, davon konnten wir viel in der Presse lesen, viele von uns sind persönlich angesprochen worden und vor allem Sie, Herr Landrat, sind – so schien es – ordentlich in die Mangel genommen worden.

Damit eines klar ist:

Wir haben großes Verständnis für die Sorgen in den Gemeinde- und Stadträten, die an unterster Stelle von dem Schlamassel betroffen sind und denen deshalb jede weitere Belastung wie z.B. eine Erhöhung der Kreisumlage besonders weh tut.

Man muss aber, finde ich, auch differenzieren.

Sicher, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat enorme Dimensionen. Ich will gar nicht auf Einzelheiten eingehen, wir alle lesen und hören ja zur Genüge seit vielen Monaten darüber.

Was den Kommunen in den letzten fünf Jahren aber, auch ganz ohne Finanzkrise, schon genug zu schaffen gemacht hat, ist die Finanzpolitik in Bund und Land. Ich nenne nur einige wenige Beispiele:

Der Bund beteiligt sich immer weniger an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für SozialleistungsempfängerInnen. Für uns im Kreis bedeuten die zwei Prozent weniger an Bundesmitteln in diesem Jahr eine Mehrbelastung von zusammengerechnet ungefähr 1,5 Millionen Euro, vorausgesetzt, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steigt nicht noch stärker an als angenommen.

Das Land hat mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz den Kommunen keinen Gefallen getan, es hat gravierende Kürzungen z.B. bei den Zuschüssen für Elternbeiträge, den Kostenanteilen für die U3-Betreuung und bei den Zuschüssen für die Schülerbeförderung vorgenommen. Und was demnächst durch die versprochenen Steuersenkungen noch auf uns zukommen wird (Stichwort Einkommenssteuerreform), wird bestimmt auch nicht lustig. Durch die Umverteilung von Aufgaben, wie wir es z.B. in der Umweltverwaltung oder bei den Versorgungsämtern erlebt haben, haben wir Kreise und die Kommunen weitere Belastungen hinnehmen müssen.

Ich will mich auch hier nicht in Details verlieren, unterm Strich muss man feststellen:

Das Land stellt die nordrhein-westfälischen Kommunen Jahr für Jahr um mindestens etwa 1,5 Milliarden Euro schlechter, als das vor Regierungsantritt von CDU und FDP der Fall war. Bei einem Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes von etwa 7,5 Milliarden Euro

sind dass immerhin 20 %. Wenn man dann sieht, dass die kommunalen Kassenkredite jährlich ungefähr um dieselbe Summe ansteigen, sieht man sehr deutlich, dass es am aktiven Regierungshandeln von CDU und FDP in Düsseldorf liegt, dass es den Städten und Gemeinden schlecht geht.

Das alles ist fatal und sehr ärgerlich, aber selbst wenn wir uns hier alle einig wären und sich hier im Kreistag eine so breite Mehrheit wie gegen die Abschaffung der Jagdsteuer formieren würde, könnten wir es ja nicht direkt ändern.

Es gibt aber durchaus Dinge, die wir ändern könnten und auch dringend ändern sollten. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen der Kreis mal eben eine Million zusätzlich locker machen kann, wie das beinahe voriges Jahr mit dem Bau der Turnhalle hier vor unserer Haustür passiert wäre.

Wir als Kreis sollen doch Dinge übernehmen, die einzelne Kommunen nicht stemmen können. Wir sollen strukturelle Unterschiede ausgleichen und dafür sorgen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger im Kreisgebiet grundlegende Daseinsvorsorge gewährleistet ist. So muss man auch mal mutig sein und sich an „Heilige Kühe“ herantrauen, Wenn z.B. der Lauf der Zeit dazu führt, dass Eltern ihre Kinder mehr und mehr auf Gesamtschulen schicken möchten, dann muss man als Kreis darüber nachdenken, ob es dann nicht sinnvoller ist, eine solche Schule auf Kreisinitiative hin einzurichten anstatt einer recht solventen Kommune den Betrieb eines Gymnasiums zu erleichtern.

Wir sind gespannt, was zu diesem Thema beim Schulentwicklungsplan herauskommen wird.

Dass gespart werden muss, ist klar und davon reden wir schon viele Jahre. Nun haben wir in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge gemacht. Wir werden auch dieses Jahr wieder über neue Straßenbauprojekte reden, die nicht nur in Planung und Bau teuer sind, sondern auch erhebliche Folgekosten mit sich bringen. Klar gibt es immer wieder gute Argumente in Einzelfällen, aber irgendwann muss man Ernst machen mit dem Willen, zu sparen. Und mit dem Willen, Flächenverbrauch zu senken und den Umweltbelastungen durch den Autoverkehr entgegenzuwirken.

Weil Kleinvieh bekanntlich auch Mist macht und wir der Ansicht sind, dass auch Zeichen des guten Willens zählen, haben wir den Vorschlag gemacht, bei den Jubiläen zu kürzen.

Uns ist sehr wohl klar, dass es ja in der Regel die Direktkandidatinnen und –kandidaten der Mehrheitsfraktion sind, die mit dem Scheck in der Hand vor Ort gutes Wetter machen.

Und man muss sich gut überlegen, welchen langfristigen Nutzen man durch gewisse Ausgaben erzielt. Vorbeugen ist besser als heilen, dieser alte Werbespruch gilt auch heute noch, heißt für uns: Prävention.

Eine Verbraucherberatung z.B. kann sehr wohl dazu beitragen, dass weniger Bürgerinnen und Bürger auf dubiose Machenschaften hereinfliegen und möglicherweise in der Schuldenfalle landen, aus der sie dann mühsam in der Schuldnerberatung wieder rausgeholt werden müssen.

Auch im Bereich Jugend/Schule finden wir ein Beispiel: Ich darf daran erinnern, dass wir Grünen schon seit vielen Jahren einen schulpsychologischen Dienst gefordert haben.

Dank Geld und Druck vom Land haben wir voriges Jahr endlich, endlich zwei Schulpsychologinnen eingestellt.

Nun ging es kürzlich darum, dieses Angebot noch zu erweitern, was, guckt man sich an den Schulen mal genau um, auch dringend nötig ist. Eine Entscheidung ist offiziell noch nicht gefallen, wir befürchten, dass das aber nur vordergründig so ist. Im Haushalt jedenfalls ist kein Posten dafür zu finden, ganz im Gegensatz zu dem Geld, das für das GPS-System

benötigt wird. Für dieses technische Schnickschnack jedenfalls stehen 50 000 Euro im Haushalt drin, obwohl es hier auch noch keinen offiziellen Beschluss gibt.

Ein ausreichender schulpsychologischer Dienst kann nachgewiesenermaßen die Ausgaben im Jugendhilfebereich kleiner halten. Wir dürfen nicht buchstäblich die Kinder in den Brunnen fallen lassen, sondern müssen rechtzeitig Auffanggitter anbringen. Das ist unsere Aufgabe als Kreis, keine einzige der kreisangehörigen Kommunen könnte dies problemlos allein schultern. Wir wissen aus Übach-Palenberg, mit wie viel Anstrengung auf eigene Kosten Streetworker eingestellt wurden, weil von Kreisseite keine Unterstützung kam.

Und wenn dann ein ehrenamtlich organisiertes und von allen Seiten hochgelobtes Kulturprojekt wie das Flachsmuseum Beeck daherkommt und sich auf den mühevollen Weg zu einer Finanzierung ohne öffentlichen Tropf macht (ein Vorgehen, das übrigens auch von allen Seiten hochgelobt wurde), dann ist es äußerst kurzsichtig, hier nicht die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bei all unseren Vorschlägen übersehen wir aber nicht, dass das nur „Peanuts“ wären. Wirkliche Einsparungen können nur durch strukturelle Veränderungen erreicht werden. Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist z.B. die Anstalt öffentlichen Rechts, die möglicherweise im Bereich Abfallwirtschaft gegründet wird. Wir könnten uns durchaus vorstellen, dass das ein gutes Modell auch für andere Bereiche sein könnte. Aber: das ist alles Zukunftsmusik und durch nichts, aber auch gar nichts in diesem Haushalt verankert.

Damit bin ich zurück bei dem Wirbel, der um diesen Haushalt im Vorfeld gemacht worden ist. Die Finanzprobleme haben, wie gesagt, ja nicht nur mit weltweiten Gründen oder mit Bund und Land zu tun.

Das eigene Hemd näher haben als den alle wärmenden Rock, nicht das große Ganze sehen, sondern nur so gerade den eigenen Tellerrand erkennen – auch das sind Gründe, die genauso zu Finanzproblemen führen wie falsche Landes- und Bundespolitik oder Größenwahn im globalen Banken- und Finanzdschungel.

So manche Bürgermeister-Gedächtnis-Halle oder was auch immer sich Lokalfürsten für die Ewigkeit überlegt haben, hat in manchen Kommunen zur übermäßigen Verschuldung geführt. Das muss an dieser Stelle auch mal laut und deutlich gesagt werden.

Hier im Kreis Heinsberg muss man sich außerdem schon sehr wundern, wie ausgerechnet der Bürgermeister einer Kommune, der es vergleichsweise gut geht, deren Haushalt voller Sparschweine ist und die sich ein Großprojekt in Millionenhöhe erlaubt, dazu kommt, sich zur Speerspitze der „armen Kommunen“ zu machen und den Kreis so massiv als Urheber allen Übels zu traktieren. Wer sich dann auch noch damit brüstet, zeigt in unseren Augen nur, dass er reine Klientelpolitik für seine eigene Stadt macht und von vorausschauender und solidarischer Kommunalpolitik keine Ahnung hat.

Zur Frage, welche Rolle die ominöse „Bürgermeisterrunde“ überhaupt spielt und spielen sollte, hat Kollege Stock eben ausführlich Stellung bezogen und wir sehen das ganz genau so.

Dass Sie, Herr Pusch, böse in die Zwickmühle geraten sind, können wir schon verstehen. Wir möchten Sie deshalb unbedingt bestärken, klarer und mutiger als Landrat aufzutreten und weniger als Parteifreund.

Bessere Interkommunale Zusammenarbeit ist das Zauberwort. Die darf sich nicht darin erschöpfen, dass die kreisangehörigen Kommunen sich gegen den Kreis zusammenschließen, um am Ende doch nur den eigenen Vorteil im Auge zu haben.

Im Vorfeld dieser Haushaltsdebatte ist die vielbeschworene „kommunale Familie“, die nur in einem vernünftigen Zusammenwirken von Kreis und Kommunen funktionieren kann, so offenkundig auseinanderdividiert worden, dass wir ernsthaft versucht waren, den vom Kämmerer ausgearbeiteten Entwurf mitzutragen und so unsere Solidarität zu demonstrieren. Da haben Sie, Herr Landrat, uns aber leider einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem Sie den Kommunen zusätzlich zu den 3 Millionen aus der Ausgleichsrücklage noch 2 weitere Millionen in Aussicht gestellt haben, die Sie im heute zu beschließenden Haushalt einsparen wollen. Wie und wo diese große Summe zusammen kommen soll? Keine Ahnung.

Für uns bedeutet das nichts anderes, als dass wir heute eine Menge Luftnummern beschließen würden und eigentlich der Haushalt das Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt ist. Wir haben nicht die geringste Lust, dieses seltsame Spiel mitzuspielen und werden deshalb diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Maria Meurer

Heinsberg, 18.02.2010

Rede zum Entwurf des Haushalts 2010
von
Stefan Lenzen
für die
FDP-Kreistagsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren der Verwaltung und der Presse,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Haushaltsplan 2010 sieht im Ergebnisplan Erträge von über 235 Mio. EUR gegenüber Aufwendungen von über 238 Mio. EUR vor. Das entspricht einem Minus von 3 Mio. Euro, die wir aus der Ausgleichsrücklage nehmen. Die geplante Nettoneuverschuldung beträgt fast 5 Mio. Euro, somit steigt die Gesamtverschuldung von Ende 2008 bis Ende dieses Jahres von 37 auf geplante 49 Mio. Euro. Das macht für jeden Bürger im Kreis Heinsberg eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 192 Euro aus. Soviel wie eine neue Spielekonsole kostet, eine Woche im 4-Sterne Hotel auf den Balearen, oder aber... man wird im Kreis Heinsberg geboren...

Die Finanzsituation unserer Kommunen ist angespannt, aber noch nicht hoffnungslos. Die meisten Städte im Kreis Heinsberg planen bis 2012 die vollständige Aufzehrung ihrer Ausgleichsrücklage. Dies war in Zeiten der Finanzkrise abzusehen, umso wichtiger ist es jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Das Land wie es gerne von Rot-Rot-Grün behauptet wird, lässt die Kommunen nicht im Stich. Von 2006 bis 2010 hat der Kreis Heinsberg unter der schwarz-gelben Landesregierung Schlüsselzuweisungen in Höhe von fast 126 Mio. erhalten, wogegen unter rot-grün der Kreis Heinsberg in den Jahren 2001 bis 2005 knapp 102 Mio. Euro erhalten hat. Also kann hier wohl

kaum von einem Raubzug durch die kommunalen Kassen die Rede sein, wohl eher das schwarz-gelb diesen Raubzug beendet hat.

Gerade in Zeiten der Krise zeigt es sich, wie wichtig es ist, für die Kommunen eine verlässliche Einnahmequelle zu haben. Daher fordern wir erneut die Abschaffung der unkalkulierbaren Gewerbesteuer und schlagen stattdessen eine eigene kommunale Abgabe, die gekoppelt an der Einkommenssteuer ist, vor. Sie ist weniger konjunkturanfällig und zeigt dem Steuerzahler auf einem Blick was ihm seine Kommune kostet.

Der zu geringe Eingriff in die Ausgleichsrücklage wurde kritisiert. Da bitte ich folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die zu erwartende Mehrbelastung durch den Landesverband Rheinland (LVR), der nun doch seinen Hebesatz von 15,85 auf 16 Prozentpunkte anheben will. Für den Kreis Heinsberg wird das eine Mehrbelastung von rd. 425.000 € bedeuten.
2. Im Bereich der Sozialausgaben ist nur eine 2 %ige-Steigerung eingeplant, andere Landkreise rechnen mit einer 10%igen-Steigerung, wenn unsere Sozialausgaben im laufenden Jahr nur 5% über dem Plan steigen, was durchaus realistisch ist, dann müssen wir mit einer Zusatzbelastung von mehr als 1,4 Mio. Euro rechnen.

In beiden Fällen plädiert die FDP dafür, dies aus der Ausgleichsrücklage zu finanzieren, um so unseren Kommunen zu signalisieren, wir lassen Sie nicht wie in den vergangenen Wochen immer wieder fälschlich dargestellt im Stich. Der so geforderten höheren Entnahme tragen wir hiermit Rechnung und stellen zugleich eine Reserve sicher, die es uns ermöglicht den Kommunen in den nächsten Jahren zu helfen. Rückblickend und für künftige Haushalte wäre es aus unserer Sicht wünschenswert und notwendig gewesen, direkt 5 Mio. aus der Ausgleichsrücklage einzuplanen und gerade bei den Sozialkosten vorsichtiger zu kalkulieren um eventuellen Irritationen vorzubeugen.

Der Kreis Heinsberg einschließlich seiner Kommunen wird auch in Zukunft sparen müssen, denn mit weiteren Ausgabensteigerungen gerade im sozialen Bereich ist zu rechnen. Daran würde auch eine rot-rot-grüne Landesregierung nichts ändern, eher würde die Umsetzung des „linken“ Gedankenguts die finanzielle Lage unserer Kommunen katastrophal verschlechtern.

Gerade daher ist es unabdingbar alle möglichen Fördermittel vom LVR, Land, Bund und der EU abzurufen. Die FDP fordert daher eine Stelle in der Kreisverwaltung, die ausschließlich die

vorhandenen Fördermittel für den Kreis Heinsberg optimal generiert in enger Abstimmung mit den vorhandenen Strukturen.

Wir wünschen uns beim nächsten Haushalt mehr Transparenz. Das Neue Kommunale Finanzmanagement gibt es aus unserer Sicht her. Z. B. sollte der Produkt- und Ressourcenverantwortliche in den einzelnen Produktgruppen nicht die identische Person sein. Auch wenn dies keine Pflichtangabe im Kreishaushalt darstellt. Kostenbewusstsein, erhöhte Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit und verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen erfordern ein Vier-Augen-Prinzip zur Kontrolle bzw. Absicherung von Entscheidungen und Tätigkeiten der Kreisverwaltung.

Desweiteren will die FDP das im nächsten Haushaltsplan die Herkunft der Zuwendungen differenzierter dargestellt werden. Kennzahlen wie z.B. dem Verschuldungsgrad, dem Verhältnis zwischen Personalaufwendungen und den direkt zurechenbaren Erträgen soll der nächste Haushalt ebenfalls beinhalten.

Mittelfristig soll die Kreisverwaltung, gerade in den beeinflussbaren Produktbereichen weitere Kennzahlen erarbeiten, um schnellstmöglich die Grundvoraussetzung für Zielvorgaben zu schaffen und den Kreishaushalt hin zum Bürgerhaushalt weiterzuentwickeln. Die FDP weiß, dass Sie das können und wir werden Sie dabei unterstützen.

Wir begrüßen die angekündigten Einsparungen im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 2 Mio. Euro, dies ist ein guter Anfang, aber noch lange nicht genug. Die FDP fordert weitere 5 % an Einsparungen bei den gesamten Sachaufwendungen, aber dies kann uns nur gemeinsam mit der Verwaltung gelingen, wenn auch Sie liebe CDU-Kollegen sich endlich von liebgewonnenem verabschieden. Es kann nicht sein, dass wir in Zeiten knapper Kassen 58.000 Euro für Jubiläen zur Verfügung stellen, nur um den CDU-Abgeordneten von Bund, Land und Kreis die politische Landschaftspflege zu finanzieren. Der Bürger kann ja kaum noch unterscheiden von wem es denn eigentlich kommt, vom Ortsvorsteher, Kreis oder doch von der CDU?

Bei der Finanzierung der Sozialausgaben hat der Bund die zugesagten Zuschüsse nicht eingehalten, sondern sich unter rot-grün und der großen Koalition immer weiter aus der Verantwortung gezogen. Wir müssen nun die kommunalfeindliche Politik ausbaden. Das muss geändert werden und die FDP wird sich dafür einsetzen.

Positiv ist das fast unverminderte Investitionsvolumen in Höhe von 19 Mio. Euro. Gerade die längst überfälligen Investitionen im Straßenbau sind für unsere Bürger von immenser Bedeutung. Wäre hier der Antrag der Grünen zum Zuge gekommen, dann würde Gangelt und Vinteln förmlich an den LKW-Abgasen ersticken.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden dieses Jahr 4,5 Mio. Euro schwerpunktmäßig in die energetische Sanierung investiert, wodurch die Betriebskosten und der CO₂-Ausstoss gesenkt werden. Außerdem werden die Voraussetzungen zur Entwicklung einer Breitbandstruktur für unsere Unternehmen und Bürger im Kreis Heinsberg geschaffen. Die FDP wertet das als eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Doch haben wir noch viel Arbeit vor uns.

Um das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus den Augen zu verlieren, muss aus unserer Sicht die interkommunale Zusammenarbeit gerade da wo das größte Einsparpotential besteht wie z. B. beim Beschaffungswesen, der EDV und der Abfallentsorgung weiter forciert werden. Auch die Kommunen sollten mittelfristig auch liebgewonnene Dinge wie ihre eigenen Bauhöfe und Jugendämter neu überdenken. Der ÖPNV muss attraktiver werden, die Anfangszeiten der Schulen im Kreis Heinsberg müssen noch besser aufeinander abgestimmt werden, um so die Leerfahrten weiter zu reduzieren.

Die Kennzahlenentwicklung durch die Verwaltung ist nur der Anfang, in der Folge müssen klar definierte Ziele für die einzelnen Produktgruppen formuliert werden, Budgets vorgegeben und durch ein unterjähriges Controlling überwacht werden. Um einen Sparanreiz zu schaffen, sollten 30 % der eingesparten Mittel den Ämtern im nächsten Jahr wieder zur Verfügung stehen.

Aufgrund des demographischen Wandels soll bei der zukünftigen Planung von Gebäuden die Multifunktionalität im Vordergrund stehen, gerade die mögliche Folgenutzung bestehender Gebäude muss ohne große Kosten realisierbar sein. Wir müssen uns mit dem Gedanken anfreunden, dass in Zukunft in nicht genutzten Schulen ein betreutes Wohnen stattfindet.

Die FDP wird weiter für einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg, mehr Transparenz und Bürgernähe in Verwaltung und Politik und einem schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020 kämpfen. Auch wenn es noch viele Baustellen gibt, stimmt die FDP-Fraktion dem vorliegenden Haushalt 2010 zu.

Ich bitte Sie Herr Landrat ihren Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für ihren großen Einsatz unseren Dank auszusprechen und Ihnen Herrn Schöpgens möchte ich für ihre unparteiischen und kompetenten Ausführungen danken.

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 001/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,
sehr geehrte Gäste und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

In den vergangenen Jahren haben wir in unseren Haushaltsreden immer auf den Umstand hingewiesen, dass ein Sparwille manchmal nur schwer erkennbar ist. Dies um so mehr, da ja vor allem in den Kommunen des Kreises Heinsberg, in denen Ihre Partei noch die Mehrheit hat oder gerade Ihre Bürgermeister, Herr Reyans, mit dem Geld der Bürger so umgehen als wenn es Ihr eigenes wäre. Sieht man dort noch den ausufernden Neubau von Bürgerhallen oder Vereinsheimen, obwohl für dringend notwendige Investitionen bei Schulgebäuden oder gerade jetzt anfallenden Reparaturarbeiten im Straßenbereich zur Sicherung der Infrastruktur das Geld fehlt. So ist das Herr Reyans, wenn man anderen Leuten Populismus vorwirft, aber selber mit der Gießkanne Wahlgeschenke verteilt, um die eigene Wiederwahl in den Kreistag zu sichern. Wer mit ansieht, Herr Reyans, wie Sie

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2009, Seite 002/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Politik im Kreistag betreiben, fragt sich nach welchen Grundsätzen und Kriterien Sie politische Entscheidungen treffen. Dies hat glücklicherweise im Selfkant, wo Sie Ortsverbandsvorsitzender Ihrer Partei sind, nicht mehr zur Mehrheit Ihrer Partei bei der letzten Kommunalwahl geführt. Herr Reyans, machen Sie bitte weiter so!

Das Einsparpotenzial, meine Damen und Herren, ist bei einem Kreishaushalt, wie auch Landrat Pusch ausführte, begrenzt durch die Tatsache, dass wir zum größten Teil Pflichtaufgaben ausführen müssen und somit auch Pflichtausgaben haben. Das Einsparpotential ist begrenzt.

Kritisch ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass noch immer keine endgültige Eröffnungsbilanz vorliegt. Die Abweichungen zwischen den beiden vorläufigen Eröffnungsbilanzen aus dem Jahr 2009 und dem Jahr 2010 betragen in der Bilanzsumme ca. 20 Millionen €!!! Hierdurch ergibt sich sowohl für das Jahr 2009 und auch für das Jahr 2010 eine entscheidend und deutlich höhere Abschreibung.

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 003/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Diese schlägt sich folglich als Aufwand im Ergebnisplan nieder.
Dieser Aufwand muss natürlich auch erwirtschaftet werden. Dies
meine Damen und Herren, ist bei einem Kreishaushalt aber leicht.
Wir brauchen ja nur die Kreisumlage zu erhöhen.

Bleibt abzuwarten, wie hierzu die solidarische Meinungsbildung
gerade der politisch schwarz gefärbten Bürgermeister in Einheit
mit der gleich gefärbten Fraktion hier im Kreistag aussehen wird.

Weiterhin ist anzumerken, dass im Ergebnisplan ab 2011 keine
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vorgesehen ist.
Welchen Wert haben dann diese Berechnungen? Den des
Papieres auf denen diese geschrieben sind oder noch weniger?
Die Steuerrückgänge im ganzen Land NRW sind den
Medienberichten zu Folge drastisch. Abzuwarten bleibt, ob die
Schlüsselzuweisung nach der Landtagswahl wieder ansteigt. In
2010 ist dies die zweithöchste Zuweisung in der Geschichte von
NRW. Sicherlich wäre es schelmenhaft darüber nachzudenken,
ob diese denn ein Wahlgeschenk sein könne.

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 004/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Auch muss hier gefragt werden, ob die mit dem sog.
„Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ verbundenen Steuerausfälle
der Kommunen, diese einen Ausgleich erhalten. Es wird durch
diese Geschenke zwangsläufig zu Ausfällen bei der
Einkommensteuer, wegen Kurzarbeit und steigender
Arbeitslosigkeit kommen. Aber auch wird die Gewerbesteuer
erheblich einbrechen. Dies durch den Gewinnrückgang bei den
Unternehmen.

Die Schlüsselzuweisungen hängen von den Steuereinnahmen
und der Finanzkraft des Landes ab. Das zukünftige Szenario
kann man sich bereits jetzt vorstellen. In wie weit die Kommunen
hierzu Ihre Ausgleichsrücklagen beanspruchen, werden wir
sehen.

Weiterhin ist die Entwicklung der Personalkosten im Auge zu
behalten. Die gewerkschaftliche Forderung mit 5 % ist wohl
kaum durchsetzbar. Aber bereits eine Erhöhung von 2 %, die
sicherlich für den einzelnen Betroffenen indiskutabel ist, würde
umgesetzt, im Beamtenbereich den Haushalt mit 670.000 €
zusätzlich belasten.

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 005/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Die mittelfristige Ergebnisplanung ab 2011 sieht eine jährliche Erhöhung der Personalkosten von jeweils 0,075 % vor. Zukünftige Lohn- und Besoldungserhöhungen werden wohl kaum durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitern aufgefangen. Das Überdenken der jetzigen Personalstruktur wird unumgänglich sein. Hier wird deutlich, dass den Kreisen immer mehr Aufgaben übertragen werden ohne hier einen Ausgleich vom Land oder Bund zu erhalten. Unsere kritische Haltung zu diesen Punkten auch bei der Beratung des letztjährigen Haushaltes und die damit verbundene Ablehnung war berechtigt. Das es Sie dann, Herr Pusch, verwundert, dass dies wie in den letztjährigen Haushaltsreden angeprangert wird, verwundert uns wiederum. Fehlte doch im letzten Jahr im Vorfeld Ihre Loyalität zu denen, die dies abgelehnt hatten. Ihrerseits opportun ist es, nicht Ross und Reiter zu nennen, die in Berlin und Düsseldorf aus Ihrer Partei kommunale Missstände mit verursachen und zu verantworten haben.

Ein weiterer gravierender Punkt des vorliegenden Haushaltes sind die sozialen Leistungen.

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 006/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Die stetig steigenden Kosten wegen Grundsicherung oder Hartz IV, bedingt durch die zu große Zahl von Arbeitslosen, steht eine sinkende Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung gegenüber. Hier befinden sich die Kommunen und Kreise in einem Zangenriff zwischen Einnahmeausfällen und wachsenden Auf- und Ausgaben. Demnach wird letztlich eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Mehrheiten durch Einsparungen erfolgen. Dies für die Steuergeschenke, die einer besser verdienenden Klientel zugute kommen, deren Weg in Berlin durch die gelb-blaue Planierdraht, ohne Rücksicht auf die übrigen Bürger geebnet wird.

Kritisch betrachtet werden müssen auch noch einmal die beiden differenzierenden Eröffnungsbilanzen, die noch nicht endgültig sind. Wenn hier in den Bilanzsumme diese Differenzen eine Größenordnung von 20 Millionen € darstellen, dann hat es hier einen von der Höhe des Betrages doch erheblichen Unterschied, um nicht zu sagen Fehler, gegeben. Wer auch immer diesen Fehler zu verschulden hat, sollte zukünftig

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 007/008. Es gilt das gesprochene Wort!

überlegen, dass er mit Geldern aller Bürger im Kreis Heinsberg umgeht und daher eine entsprechende Umsicht erwartet wird.

Abschließend ist noch zu sagen, dass die Mehrheitsfraktion im Kreistag gut beraten ist, bei Anträgen der anderen Fraktionen diese einmal fachlich zu beleuchten und nicht eine Wertediskussion zu beginnen. War doch der Antrag der Fraktion der „Grünen“ im Finanzausschuss zur Reduzierung oder Abschaffung der Jubiläumsgeschenke z.B. bei Jubiläumshochzeitspaaren ein deutliches Zeichen zum Sparwillen. Dass Seitens der CDU hier eine Wertediskussion begonnen wird ist verwunderlich. Werte, die bei einigen CDU-Bürgermeistern hier im Kreis Heinsberg wohl keine Rolle mehr spielen. Soviel zu dieser Vorbildrolle, Herr Dahlmanns und den damit verbundenen Werten, wenn Sie überhaupt noch wissen was das ist.

Alles in allem ist dieser Haushalt durch die eingeschränkte Handlungsfähigkeit geprägt, die durch die bereits erwähnten

DIE BÜRGERLICHEN

Heinsberg, den 22.02.2010, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der UB-UWG im Kreistag
Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für
das Haushaltsjahr 2010 am 18. Feb. 2010, Seite 008/008. Es gilt das gesprochene Wort!

Pflichtaufgaben aus Berlin und Düsseldorf von den schwarz-
gelben, oder muss man schon sagen gelb-schwarzen
Regierungen aufgebürdet werden. Loyalität gegenüber dem
Bürger ist nicht erkennbar, lediglich Lobbyismus.

Ihnen und Ihren Mitarbeitern, Herr Schöpgens, danken wir für die
geleistete Arbeit.

Unsere Mitarbeit zur Verbesserung der Situation für die Bürger im
Kreis Heinsberg bieten wir an. Die Umsetzung und Annahme
unseres Angebotes ist Ihre Aufgabe, Herr Landrat! Ihre Loyalität
gegenüber allen Kreistagsmitgliedern ist gefordert!

Dem Haushalt stimmen wir mit den dargestellten Vorbehalten zu.

Im Namen und Auftrag meiner Fraktion bedanke ich für Ihre
Aufmerksamkeit.

DIE BÜRGERLICHEN